

# Kritische Betrachtungen zu den Schweizerischen Schulreformen

## Bildungspolitik in der Schweiz

Es gibt prinzipiell zwei Wege für die staatliche Bildungspolitik:

1. Gesellschaftliche Nivellierung mit Hilfe von Schulreformen durch Gleichschaltung in Gesamtschulen.
2. Differenzierung der Bildung durch korrekte Selektionen und Begabtenförderung.

Anfangs der 90er Jahre begann die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) eine umfassende Bildungsreform einzuleiten; Studiengruppen und Projekte wurden lanciert.

Unter dem Deckmantel des kooperativen Föderalismus und ohne jegliche eidgenössische Legitimation (auch Umgehung des eidgenössischen Parlamentes) entstanden zum Teil ideologisch motivierte Ziele und Forderungen mit dem Schwerpunkt im Bildungsbereich: „Jedem das Gleiche“ bieten zu wollen. Ein schon lange vorbereiteter Bericht (Dossier 48A) verlangt eine so genannte Basisstufe, welche bereits 4-jährige Kinder erreichen soll.

Die EDK - Studiengruppe hält in einem anderen Bericht folgendes fest:

*"Verschiedene Fachgruppen schlagen als Fernziel in einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft eine Erfolgsschule (Ecole de reussite) vor. In dieser Schule sollten auch Kinder und Jugendliche, die heute Sonderklassen besuchen, oder stütz- und Förderunterricht erhalten, voll integriert werden".*

Auch Blockunterricht, Tagesschulen sind „Werkzeuge“ der Reformer, um gegen die bürgerliche Familie und für die Durchsetzung ihrer Ideologie der „Gleichmacherei“ anzukämpfen. Weiter schreibt die Studiengruppe: *"Bei einer allfälligen Verwirklichung dieser Ideen für eine künftige Schulentwicklung müsste das Bildungswesen gründlich umgestaltet werden".*

Dieser kurze Ausschnitt zeigt deutlich, dass vor allem ideologisch motivierte Schulreformer am Werk sind, die unsere langsam gewachsenen Schulstrukturen demontieren wollen.

Englische und deutsche Schulen haben vor Jahren ähnliche Schulreformen durchgeführt und beklagen heute grosse Qualitätseinbussen. Viele deutsche Bundesländer möchten wegen schlechten Erfahrungen diese Reformen rückgängig machen. Ihr Motto: "Vorwärts in die Vergangenheit" (SPIEGEL, 23/95).

Von kritischen Beobachtern der Schulentwicklung in der Schweiz ist ein Trend zu Zielen gewisser Sozialwissenschaftler wie z.B. „Selbstbestimmung in der Gesellschaft der Gleichen und Herrschaftsfreien“ (siehe Marcuse, Habermas, Altvater usw.) festzustellen.

Unter diesem Aspekt müssen die folgenden, je nach Kanton bereits eingeführten, Reformen betrachtet werden:

- 1. Integration:** Durch die Integration von schwächeren Schülern in die so genannten Regelklassen und die Auflösung von heilpädagogischen Sonderschulen, Kleinklassen und Einschulungsklassen kommen die "integrierten" SchülerInnen kaum mehr zu Erfolgserlebnissen. Die grosse Heterogenität der Klassen bedeutet für die Lehrkraft eine kaum zu bewältigende Belastung. Die daraus resultierende Schulrealität verunmöglicht einen traditionellen Klassenunterricht.
- 2. Individualisierender Unterricht:** Wochenplan, Werkstattunterricht, Projektunterricht wie sie früher als auflockernde, didaktische Unterrichtshilfen angewandt wurden, werden heute als alleinige, zeitgemässe Unterrichtsformen dargestellt. SchülerInnen erarbeiten somit den Stoff alleine oder in Gruppen je nach Lust und Laune. Dass diese Unterrichtsformen die vielen konzentrationsschwachen, hyperaktiven oder aggressiven SchülerInnen kaum in ihrer Entwicklung unterstützen, sei nur nebenbei erwähnt. Es wird auch eingestanden, dass dadurch das Allgemeinwissen, also das Sachwissen der Schülerinnen verringert wird.

- 3. SchülerInnenbeurteilung:** Durch die individuellen Lernprogramme und Lerntempi ist eine vergleichende Beurteilung kaum mehr möglich. Diese wird ohnehin als fragwürdig angesehen, da sie das Konkurrenzdenken fördert. Selbstbeurteilungen, schon durch Schülerinnen der Unterstufe oder fremdsprachige Schulkinder, sind weitere nicht unbestrittene Neuerungen. Im Kanton Basel müssen Gymnasien auf Elternwunsch sogar SchülerInnen aufnehmen, die in ihren Leistungen für eine Mittelschule ungenügend sind.
- 4. Oberstufengliederung:** Um dem ideologischen Gedankengut der so genannten Chancengleichheit Rechnung zu tragen, wird vielerorts auf eine Gliederung der Oberstufe (Primar-, Real-, Sekundarschule) verzichtet, und die Schüler nur in den Kernfächern (Mathematik, Deutsch, Französisch) auf zwei oder drei Niveaus unterrichtet. Nach jedem Semester erfolgt eine neue Schülerbeurteilung, damit ein Niveauwechsel vorgenommen werden kann. So ändert dauernd die Zusammensetzung der Gruppe, der in diesem Alter so wichtige Klassenverband wird aufgehoben. Die Stimmen vieler deutscher Oberstufenschüler: "Wir wollen einen Klassenlehrer als Vertrauensperson" (SPIEGEL, 23/95) sollte uns zu denken geben.
- 5. LehrerInnenbildung:** Mit dem Umkrempeln der LehrerInnenbildung sollten unsere Ausbildungsgänge europakompatibel werden. Das bedeutet, dass alle zukünftigen KindergärtnerInnen und LehrerInnen eine Matura absolvieren müssen. Es muss befürchtet werden, dass die Matura dadurch wie in anderen europäischen Ländern zu einem billigen Massenzeugnis verkommt; in Darmstadt erhalten 60 %, in Bonn und Heidelberg 50 % der Schulabgänger ein Maturitätszeugnis. Dies führt zu Engpässen an den Universitäten und dadurch zu einer hohen Arbeitslosigkeit von Akademikern.

Ich hoffe, dass sich vermehrt PolitikerInnen engagieren, die sozialpolitischen Zusammenhänge erkennen und, wenn nötig, Gegensteuer geben; dies zum Wohle unserer Jugend, welche die Zukunft unserer Gesellschaft ist.

Sabina Geissbühler-Strupler